

Wahlprüfseine zur Landtagswahl 01. September 2024 in Sachsen

Inhalt

Frage 1: Nennen Sie jeweils 2 Aspekte des Bildungssystems in Sachsen, die im Hinblick auf eine chancengerechte Bildung für alle Kinder unabhängig vom Wohnort, der kulturellen Lebenswelt und dem familiären Hintergrund von Ihnen eingeschätzt werden als:	2
a) besonders gerecht und	2
b) besonders ungerecht?	2
Frage 2: Wie stellen Sie sicher, dass ausreichend finanzielle Mittel und Ressourcen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Etablierung multiprofessioneller Teams an Schulen zur Verfügung stehen? Planen Sie zusätzliche Investitionen in den Bildungsbereich zu tätigen, um den Personalmangel zu bekämpfen?	5
Frage 3: Sehen Sie Veränderungsbedarf in der Lehrerausbildung? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen streben Sie an für:	7
a) einen attraktiveren/besseren Eingang ins Studium	7
b) eine inhaltliche Veränderung der Studieninhalte und	7
c) den Übergang ins Referendariat bzw. Arbeitsleben?	7
Frage 4: Die Schülerbeförderung im ländlichen Raum hat Einfluss auf viele Aspekte (GTA-Angebote, Schulessen etc.). Sind Sie mit der derzeitigen Situation der Schülerbeförderung zufrieden? Wenn nein, welche Veränderungen streben Sie konkret an, um eine bessere und flexiblere Beförderung zu ermöglichen?	10
Frage 5: In Städten haben wir soziale Herausforderungen, Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung. Wie wollen Sie einer Überlastung von Schulen mit einer Häufung an Herausforderungen begegnen und welche Konzepte haben Sie, um Lasten zwischen Schulen und Schulformen aber auch Regionen zu verteilen?	12
Frage 6: In den Gesprächen war Konsens, dass Oberschulen derzeit besonderes Augenmerk und Unterstützung benötigen. Welche konkreten personellen sowie lernbedingten Maßnahmen streben Sie in der nächsten Legislatur an, um den Stellenwert der Oberschulen aufzuwerten und zu stärken?	15
Frage 7: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Schulen in freier Trägerschaft bei den Ausgaben für Infrastruktur und Ausstattung zu berücksichtigen und welche konkreten Anpassungen streben Sie zur Stärkung der demokratischen Mitwirkung von Eltern und Schülern an?	17
Frage 8: Wir fordern eine Deckelung der Mittagessenspreise auf 3€ sowie Unterstützung aus Landesmitteln. Wie beurteilen Sie die Forderung und welche Konzepte vertreten und unterstützen Sie, um Kindern unabhängig vom familiären Hintergrund ein gesundes, reichhaltiges und warmes Mittagessen zu ermöglichen?	19
Frage 9: Ein längeres gemeinsames Lernen wurde in vielen Gesprächen begrüßt. Weniger einig war man sich bei der Umsetzung. Befürworten Sie die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in unseren Schulen? Wenn ja, wie wollen Sie dies konkret umsetzen?	21
Frage 10: Für die mentale Gesundheit sind die Überarbeitung der Lehrpläne sowie der Lehr und Lernformen Lösungsansätze. Teilen Sie die Einschätzung und befürworten Sie mehr Autonomie und Flexibilität der Schulen bei der Gestaltung von Lehr und Lernmethoden?	23

1. Nennen Sie jeweils 2 Aspekte des Bildungssystems in Sachsen, die im Hinblick auf eine chancengerechte Bildung für alle Kinder unabhängig vom Wohnort, der kulturellen Lebenswelt und dem familiären Hintergrund von Ihnen eingeschätzt werden als:

a) besonders gerecht und

b) besonders ungerecht?

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Chancengerechte Bildung und der Zugang zu allen Schularten und Ausbildungsgängen prägen grundsätzlich unsere bildungspolitische Arbeit. Wir setzen uns für gleichwertige Bildungsmöglichkeiten sowohl im ländlichen Raum als auch den großen Städten ein und tragen dafür Sorge, dass Ressourcen für gute Bildung zur Verfügung stehen. Der diskriminierungsfreie Zugang zu guter Bildung stellt für uns eine Grundvoraussetzung dar. Wir sehen dabei aktuell keine Ungerechtigkeiten, die einen Zugang verhindern, stoßen jedoch mitunter bei der Verteilung insbesondere personeller Ressourcen auch auf Grund individueller Interessenslagen besonders im ländlichen Raum auf Problemstellungen, welchen wir durch gezielte Maßnahmen, wie die Regionalisierung der Lehramtsausbildung oder gezielte Zuschüsse für Referendare im ländlichen Raum begegnen.</p>	<p>a) Als besonders gerecht empfinden wir ganz grundsätzlich die Tatsache, dass in Deutschland und auch in Sachsen alle Kinder eine gute Schulbildung genießen können, unabhängig von allen nur denkbaren Kriterien. Das ist in vielen Ländern der Welt nicht selbstverständlich und darf deshalb nicht unterschätzt werden. Gerecht ist es außerdem, dass für alle noch nicht schulpflichtigen Kinder genügend Kita-Plätze verfügbar sind und somit der Zugang zu frühkindlicher Bildung uneingeschränkt möglich ist. Das ist nicht einmal in allen Bundesländern in Deutschland der Fall und war auch in Sachsen vor einigen Jahren noch anders.</p> <p>b) Besonders ungerecht ist unserer Meinung nach die frühe Trennung der Kinder nach der vierten Klasse in Oberschule und Gymnasium. Diese Trennung wird der Entwicklung von Kindern nicht gerecht, führt zu suboptimalen Bildungswegen, zum Abbruch von Freundschaften, zu längeren Schulwegen und verschwendeten Ressourcen. Deshalb setzt sich die SPD seit Jahrzehnten für das längere gemeinsame Lernen ein und will mehr Gemeinschaftsschulen in Sachsen. Besonders ungerecht ist außerdem, dass das lebensnahe praktische Lernen in unseren Schulen und Lehrplänen keine vordergründige Rolle spielt. Denn so bleibt es bei den Elternhäusern, Kenntnisse in den Bereichen Gesundheit und medizinische Versorgung, Finanzwissen und wirtschaftliche Selbständigkeit, handwerkliche Fähigkeiten oder auch Kommunikation und gelingende soziale Beziehungen zu vermitteln. Manche Elternhäuser können das leisten, andere nicht – deshalb finden wir die „Delegation“ dieser Themen auf den häuslichen Bereich ungerecht.</p>	<p>a) Unter BÜNDNISGRÜNER Regierungsbeteiligung ist es gelungen, die Gemeinschaftsschule als neue Schulart im Sächsischen Schulgesetz zu verankern, zudem ermöglicht die Oberschule+ längeres gemeinsames Lernen. Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ leisten einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit, sozialer Integration sowie zur Schul- und Unterrichtsentwicklung. Außerdem können sie helfen, Schulstandorte zu erhalten und zu sichern. In Sachsen ist die ganztägige Bildung und Betreuung ab dem ersten Geburtstag gesichert. Kindertageseinrichtungen, inkl. Horte, leisten einen wertvollen Beitrag zu einem guten Aufwachsen aller Kinder. Sie können helfen, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen. Jedes Kind hat einen Anspruch auf frühkindliche Bildung. Den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter ab 2026 wird Sachsen ebenfalls erfüllen können.</p> <p>b) In Sachsen verlassen vergleichsweise viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss, davon viele an Förderschulen. Wir wollen erfolgreichen Absolvent*innen der Schulen in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung den Hauptschulabschluss zuerkennen und Angebote für schulumüde, schulabstinente und abschlussgefährdete Kinder und Jugendlichen ausbauen. Das sächsische Schulsystem ist nicht inklusiv. Die Parallelität von Förderschulsystem und Schulen des gemeinsamen Lernens ist aus unserer Sicht der teuerste und oftmals – für viele der jungen Menschen – nicht der beste Weg. Wir wollen mehr für eine gelingende Inklusion tun, statt ein exkludierendes System zu verwalten (siehe auch Frage 5). Ein dritter Aspekt: Der Lehrkräftemangel ist zwar insgesamt ein Problem, je nach Region und Schulart aber sehr unterschiedlich ausgeprägt. Gerade an Ober- und Förderschulen im ländlichen Raum ist der Personalmangel besonders eklatant. Es ist unser Anspruch und unsere Pflicht, den Unterricht vollumfänglich im gesamten Freistaat abzusichern. Wir wollen mehr Einstellungen umsetzen, die Studienerfolgsquote erhöhen, das Studium regionalisieren, den Seiteneinstieg fortführen, Assistenzsysteme und multiprofessionelle Teams ausbauen sowie gezielte personelle und digitale Unterstützung im ländlichen Raum (siehe auch Fragen 2, 3 und 6.)</p>

Die Linke	AFD	BSW
<p>a) Als besonders gerecht schätzen wir, dass es in Sachsen endlich Gemeinschaftsschulen gibt, auch wenn wir die Hürden für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen als viel zu hoch ansehen. Auch dank unserer Erfahrungen als Ostdeutsche wissen wir, dass längeres gemeinsames Lernen die beste Schulform ist, um alle Kinder gleichermaßen zu fördern und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir auch, dass die Gemeinschaftsschule zum Standard im sächsischen Bildungssystem wird. Schluss mit der Trennung nach Klasse 4! Ein weiterer Aspekt des Bildungssystems, den wir als besonders gerecht einschätzen, ist das Vorhandensein multiprofessioneller Teams an den Schulen, die Lehrkräfte zu entlasten und allen voran natürlich die jungen Leute in ihrem Schulalltag zu unterstützen. Das muss schnellstens an allen Schulen die Regel werden.</p> <p>b) Als besonders ungerecht empfinden wir zum einen die große finanzielle Belastung für Familien, die das Bildungssystem ihnen aufbürdet: Ob Kitagebühren, Verpflegungskosten, Fahrtkosten (und auch die Fahrtzeiten insbesondere im ländlichen Raum) oder die Ausstattung der Kinder mit Lernmitteln – wir wollen, dass Bildung kostenfrei wird. Ein weiterer besonders ungerechter Aspekt im Bildungssystem ist die fehlende außerunterrichtliche Unterstützung für Schülerinnen und Schüler. Schulsozialarbeit muss es verpflichtend an allen Schulen geben, den Grund- und Oberschulen, den Gymnasien sowie den Gemeinschafts- und Förderschulen und auch an Berufsschulen. Wir streben an, für jede Schule mindestens eine Fachkraft für Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>a) Als gerecht erachten wir die kostenfreie Bereitstellung von Lernmitteln wie Bücher, Arbeitshefte oder auch digitale Endgeräte seitens der Schulen. Somit hat jedes Kind die gleichen Bedingungen. Natürlich ließe sich bei den weiteren Materialien des Schulbedarfs nachbessern, aber auch hier gibt es zumindest für einkommensschwächere Familien entsprechende finanzielle Unterstützung. Ein zweiter Aspekt, den wir als gerecht empfinden ist die Vielfältigkeit der Bildungswege und die Durchlässigkeit des sächsischen Bildungssystems. Auch wenn wir uns grundsätzlich für ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8 einsetzen, empfinden wir es als gerecht, dass jedem Schüler ein Bildungsweg entsprechend seiner individuellen Voraussetzungen und Begabungen offensteht. Dennoch setzen wir uns dafür ein, dass Lücken, gerade bei den zu erreichenden Abschlüssen an bestimmten Förderschulen, zukünftig geschlossen werden.</p> <p>b) Aus unserer Sicht besteht vor allem eine besondere Ungerechtigkeit dahingehend, dass Schüler an Oberschulen aber auch an Förderschulen aufgrund des massiven Lehrermangels und damit einhergehend großen Unterrichtsausfällen auf ihrem Bildungsweg benachteiligt werden. In den letzten Jahren wurde vor allem der gymnasiale Bildungsweg gefördert. Die Bewerberzahl für das Lehramt an Oberschulen sank kontinuierlich und Lehrer wurden Mangelware – insbesondere in den MINT-Fächern. Zudem sind die Klassen in den Oberschulen – gerade in den großen Städten – völlig überfüllt, sodass auch Gymnasiasten, die auf eine Oberschule wechseln wollen, keinen Platz bekommen. Eine weitere Ungerechtigkeit sehen wir in der Ungleichheit zwischen Stadt und Land bzgl. Der Anbindung und der Fahrtwege sowie der Auswahlmöglichkeiten von Schulen. Insbesondere Schüler, die bei ihrer Schulbildung auf eine Förderschule angewiesen sind, müssen oft weite Anfahrtswege in Kauf nehmen.</p>	<p>a) Grundsätzlicher kostenfreier Zugang für jedes Kind an eine staatliche Schule, sowohl Grund- als auch weiterführende Schule. Kostenfreie Schulbücher / Schul(Arbeits-)hefte</p> <p>b) Bildung ist noch zu oft von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig > Stichwort Nachhilfe und Zugang zu Privatschulen (für eine vermeintlich bessere Bildung) und Nutzung von Ganztagesangeboten, da diese nicht in ausreichender Zahl und Umfang an allen Schulen vorhanden sind.</p>

Freie Wähler	FDP
<p>a) In Sachsen gibt es ein gut ausgebautes und flächendeckendes Schulnetz, das sicherstellt, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu Schulen haben. Auch in ländlichen Gebieten gibt es Grund- und Oberschulen sowie Gymnasien. Weiterhin hat Sachsen ein breites Angebot an Ganztagschulen, die eine verlängerte Betreuung und zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote bieten. Dies unterstützt besonders Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, und trägt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Gleichzeitig ermöglicht es eine intensivere Förderung und Betreuung der Kinder.</p> <p>b) Trotz des flächendeckenden Schulnetzes sehen wir Unterschiede in den Ressourcen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Schulen in städtischen Regionen haben oft besseren Zugang zu zusätzlichen Bildungsangeboten, außerschulischen Aktivitäten und spezialisierten Lehrkräften. Ländliche Schulen hingegen kämpfen häufiger mit Lehrermangel und eingeschränkten Angeboten, was oft zu einer Benachteiligung von Schülern in diesen Regionen führt.</p>	<p>a) Kostenfreie Schulausbildung & Sprachförderung</p> <p>b) Bildungsnotstand durch Lehrermangel & ungleiche Ausstattung der Schulen</p>

2. Wie stellen Sie sicher, dass ausreichend finanzielle Mittel und Ressourcen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Etablierung multiprofessioneller Teams an Schulen zur Verfügung stehen? Planen Sie zusätzliche Investitionen in den Bildungsbereich zu tätigen, um den Personalmangel zu bekämpfen?

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Der Aufbau multiprofessioneller Teams ist eine langfristig angelegte Aufgabe, die auch im Rahmen des Strategieprozesses „Bildungsland Sachsen 2030“ ihren Niederschlag gefunden hat. Zur umfassenden Umsetzung bedarf es neben der Bereitstellung finanzieller Ressourcen und der Sicherung entsprechender Stellen im Landeshaushalt auch des entsprechenden Fachpersonals, welches derzeit am Arbeitsmarkt in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen muss. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Schaffung entsprechender Voraussetzungen neben der Sicherung der Unterrichtsversorgung als eine der wichtigsten Aufgaben weiterverfolgen. Mit dem Maßnahmenpaket zur Unterrichtsversorgung hat der Freistaat Sachsen im Umfang von 1,7 Mrd. Euro Maßnahmen auf den Weg gebracht, um im Bereich der Lehramtsausbildung, der Orientierung von Referendaren auch in den ländlichen Raum, der Attraktivität des Lehrerberufs, der Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und insbesondere auch im Bereich der Lehrerverbeamtung Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung ermöglichen. Diese Maßnahmen entfalten bereits erste positive Ergebnisse. Gleichwohl kann uns die aktuelle Situation mit Blick auf die Unterrichtsversorgung nicht befriedigen. Wir sind überzeugt, dass uns in den kommenden Jahren bei erfolgreichem Abschluss im Rahmen der zur Verfügung stehenden 2.700 Studienplätze deutlich mehr grundständige Lehrkräfte als bisher für eine Beschäftigung im sächsischen Schulsystem zur Verfügung stehen können, auch wenn wir die Konkurrenzsituation mit angrenzenden Bundesländern nicht ausblenden dürfen.</p>	<p>Die SPD hat sich seit vielen Jahren für eine auskömmliche Stellenausstattung im Schulbereich eingesetzt. Eine bedarfsgerechte Stellenplanung ist die Grundlage für die angemessene Personalausstattung und Personalentwicklung in Sachsens Schulen. Wir wollen deshalb bei der Planung den Ergänzungsbereich wieder voll berücksichtigen und perspektivisch zudem die Einführung einer Klassenleiterstunde und die schrittweise Absenkung des Pflichtstundenmaßes bei der Stellenplanung veranschlagen. Gleichfalls als ordentliche Stellen veranschlagt werden sollen nach unserer Auffassung die Assistenzsysteme, da nur so die erforderliche Verlässlichkeit im Aufbau multiprofessioneller Teams erreicht werden kann. Dabei sollen neben einer „Grundausstattung“ für alle Schulen zusätzliche Ressourcen anhand erprobter sozialer Indikatoren dorthin fließen, wo sie besonders gebraucht werden.</p>	<p>Ein multiprofessionelles Team an Schule ist notwendig – zur Entlastung der Lehrkräfte und für einen ganzheitlichen Blick auf die/den einzelne*n Schüler*in. Dafür müssen die notwendigen finanziellen Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Als Grundlage bedarf es einer transparenten Lehrkräftebedarfsanalyse, die regelmäßig auf Basis aktueller Entwicklungen fortgeschrieben und veröffentlicht wird. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen alles daran, die erforderlichen Einstellungen von Lehrer*innen umzusetzen. Neben den grundständig ausgebildeten Lehrkräften brauchen wir den Seiteneinstieg in den Schuldienst auf hohem qualitativem Niveau – für die individuelle Professionalisierung ebenso wie für die Qualitätssicherung des Unterrichts. Ferner braucht es Schulleitungsteams aus pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Fachkräften. Zu multiprofessionellen Teams gehören neben Lehrkräften und Schulleiter*innen auch pädagogische Fachkräfte im Unterricht, Schulassistent*innen inkl. Sprach- und Integrationsmittler*innen, Schulverwaltungsassistent*innen, IT-Fachkräfte, Praxisberater*innen, Berufseinstiegs- begleiter*innen, Inklusionsassistent*innen, Schulbegleiter*innen, Erzieher*innen, Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeiter*innen, aber auch FSJler*innen, Fellows, Coaches und weitere Professionen. Um multiprofessionelle Teams an Schulen zu etablieren, braucht es ein gemeinsames Bildungsverständnis sowie klare Verantwortlichkeiten und Zeitfenster für Absprachen im Team. Wir begrüßen, dass das Kultusministerium hierzu eine Handreichung erarbeiten wird. Die Finanzierung muss vorrangig, aber nicht ausschließlich über den Landeshaushalt abgesichert werden: Für Schulassistent*innen und Schulpsycholog*innen wollen wir im Haushalt des Freistaates eigene Stellen schaffen und sie nicht länger auf nicht besetzten Stellen für Lehrkräfte führen. Im Strategiepapier zum „Bildungsland Sachsen 2030“ ist zur Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen die Etablierung eines Globalbudgets vorgesehen, das Lernbudget, Qualitätsbudget und die Mittel aus der Kapitalisierung nicht besetzter Lehrkräftestellen bündelt. Diese Gelder sind ebenfalls Landesmittel, die für externes Personal (Honorarverträge) nutzbar sind. Aus Landesmitteln wird außerdem aktuell an etwa einem Drittel der sächsischen Schulen Schulsozialarbeit finanziert. Dabei ist und bleibt Schulsozialarbeit grundsätzlich eine Leistung der Jugendhilfe und damit eine kommunale Pflichtaufgabe. Dem Konsens folgend, dass Schulen nicht nur Lern-, sondern Lebensorte sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass das Land die Kommunen auch künftig umfangreich unterstützt. Im kommenden Doppelhaushalt muss der Gesamtetat für die Schulsozialarbeit deutlich erhöht werden, damit es in den kreisfreien Städten und Landkreisen nicht zu einem Abbau von Angeboten kommt. Im Bund setzen wir uns für einen DigitalPakt 2.0 ein, der auch die IT- Administration adressiert. Weiteres Personal an Schulen wird u.a. von der Bundesagentur für Arbeit oder von freien Trägern (ko)finanziert. An den Startchancen-Schulen wird in den kommenden zehn Jahren Bundesgeld bereitstehen, das u.a. zur Stärkung multiprofessioneller Teams genutzt werden kann.</p>

<p>Die Linke</p> <p>Bildung hat für Die Linke den höchsten Stellenwert, denn sie ist der Grundstein einer demokratischen Gesellschaft. Wir wollen die Investitionen in den Bildungsbereich stark erhöhen, um nicht nur multiprofessionelle Teams an allen Schulen zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Digitalisierung mit schuleigenen IT-Administratoren, die Inklusion und die Medienkompetenz für Lehrende und Lernende zu verbessern. Dadurch können Lehrkräfte tatsächlich entlastet werden. Zusätzlich fordern wir mehr Mittel, um die Lehramtsausbildung attraktiver zu machen und mehr Lehrkräfte zu gewinnen. Zusätzliche Mittel um die Ausbildung von Lehrkräften zu erhöhen werden nicht an der Linksfraktion scheitern.</p>	<p>AFD</p> <p>Zunächst sollten die tatsächlichen Bedarfe der einzelnen Schulen in Sachsen ermittelt werden. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen können dann die notwendigen finanziellen Mittel eingeplant und zielgenau an die Schulen verteilt werden. Beim Thema Ressourcen wollen wir aber auch prüfen, inwieweit beispielsweise Prozesse im Schulalltag effizienter gestaltet werden können und eine klare Aufgabenzuweisung vornehmen. Dabei könnten beispielsweise IT-Wartung und -Service schulübergreifend organisiert bzw. von externen Dienstleistern übernommen werden. Um beispielsweise mehr Lehrkräfte für Sachsens Schulen zu gewinnen, wollen wir einerseits das Lehramtsstudium reformieren und damit attraktiver gestalten und andererseits die Bedingungen an den Schulen für Lehrkräfte und das weitere Personal verbessern. So wollen wir mit verschiedenen Maßnahmen auch mehr Lehrer für ländliche Regionen gewinnen. Die notwendigen Investitionen dazu müssen ebenso in der jeweiligen Haushaltsaufstellung berücksichtigt werden.</p>	<p>BSW</p> <p>Wir unterstützen die Forderung nach der Bildung von multiprofessionellen Teams an den Schulen. Es soll bestehend aus pädagogisch-unterstützendem Personal (Erzieher, Sozialarbeiter), Psychologen, Verwaltungspersonal und IT-Beauftragten um für eine umfassende Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und für eine klare und gerechte Aufgabenverteilung sorgen. Und ja, wir planen auch weitere zusätzliche Investitionen im Bildungsbereich, insbesondere auch bei der Reform der Ausbildung des pädagogischen Personals. (Reform der Ausbildung des pädagogischen Personals: Duale Ausbildung / Duales Studium mit Praxisbezug der Lehrveranstaltungen vom Beginn des Studiums / der Ausbildung an wird vielen Lehramtsanwärtern zu einem besseren Berufseinstieg verhelfen und Berufs-Abgänge verringern.)</p>
<p>Freie Wähler</p> <p>Sachsen muss sparen und investieren gleichermaßen. Sachsen leistet sich angesichts einer sinkenden Bevölkerung immer mehr Personal, insbesondere in den Ministerien. Einer sich selbst vermehrende Bürokratie muss ein Ende gesetzt werden, Personal massiv eingespart werden. Das schließt die Bereiche Bildung und innere Sicherheit aus. In diesen Bereichen gilt es auch in der personellen Ausstattung Schwerpunkte zu setzen. Einsparmöglichkeiten sehen wir auch in den zahlreichen Förderprogrammen, die vom Rechnungshof teils mit korruptionsgefährdeten Strukturen verglichen wurden. Wir müssen Investitionen direkt in Bildung tätigen ohne bürokratische Umwege über Förderprogramme.</p>	<p>FDP</p> <p>Schulbildung ist für das Aufstiegsversprechen als zentrale Komponente einer liberalen Gesellschaft - jeder hat unabhängig von seiner Herkunft, seines Geschlechts, seines Elternhauses und seines sozialen Milieus die Möglichkeit, sein individuelles Potenzial voll auszuschöpfen - die wichtigste Voraussetzung. Wir Freie Demokraten werden daher der Bildung wieder die Priorität einräumen, die es verdient. Wir werden den Bildungsetat anpassen, um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen und den aktuellen Bildungsnotstand zu beenden. Zudem wollen wir gezielter EU-Fördermittel nutzen und mit Förderprogramme auf Landesebene flankieren. Dabei werden wir weg von der Projektförderung der multiprofessionellen Teams hin zu einer langfristigen Förderung gehen, da der Wert dieser Assistenzkräfte fachlich anerkannt ist. Die Förderung von Kooperationen zwischen öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen, um zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen, ist hierbei ebenso bedeutend.</p>	

3. Sehen Sie Veränderungsbedarf in der Lehrerbildung? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen streben Sie an für:

- a) einen attraktiveren/besseren Eingang ins Studium**
- b) eine inhaltliche Veränderung der Studieninhalte und**
- c) den Übergang ins Referendariat bzw. Arbeitsleben?**

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Wir sehen mit Blick auf den nach wie vor hohen Bedarf an grundständig ausgebildeten Lehrkräften Veränderungsbedarf im Bereich der Lehramtsausbildung, der sich auf eine stärkere Konzentration auf pädagogische und didaktische Kompetenzen richten muss, um den Studienerfolg im Hinblick auf den bestehenden Bedarf zu verbessern. Über die konkrete Ausgestaltung und Fortentwicklung der Curricula werden wir frühzeitig in der kommenden Legislaturperiode in den fachlichen Austausch mit den lehrerbildenden Hochschulen treten und den konkreten Anpassungsbedarf definieren. Auch uns befriedigt die aktuelle Situation nicht. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Lehramtsausbildung insbesondere in den sogenannten „Mangelregionen“ im Rahmen von Kooperation der sächsischen Hochschulen mit den lehrerbildenden Hochschulen beispielsweise in Chemnitz oder der Oberlausitz weiter zu regionalisieren und in weiteren Schularten sicherzustellen.</p>	<p>Die SPD setzt sich seit langem für ein Lehrkräftebildungsgesetz ein, in welchem die Studieninhalte und studienorganisatorische Aspekte grundsätzlich geregelt werden. Hinsichtlich der erfragten Punkte sind uns dabei die folgenden Aspekte wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Mit einer Zulassung des Ein-Fach-Studiums und der Einführung von Lehramts- Masterstudiengängen wird nicht nur die Ausbildung im Seiteneinstieg attraktiver, es lassen sich auch neue Interessent:innen für die grundständige Ausbildung gewinnen. b) Wir wollen eine stärkere und regelmäßige Verzahnung von Theorie und Praxis im Lehramtsstudium – bis hin zum dualen Studium, das an verschiedenen Standorten in Deutschland bereits erprobt wird. Wichtig ist uns außerdem die Stärkung des bildungswissenschaftlichen Anteils, damit Themen wie Binnendifferenzierung und individuelle Förderung, Medien- und Demokratiebildung sowie Inklusion und sonderpädagogische Förderbedarfe in allen Studiengängen stärker verankert werden können. c) Das Referendariat sollte aus unserer Sicht neu gestaltet und in den Studienverlauf integriert werden, ebenso gilt es, die sogenannte „dritte 	<p>Wir BÜNDNISGRÜNE wollen in der kommenden Legislaturperiode unseren Vorschlag für ein Lehrkräftebildungsgesetz erneut auf den Tisch legen. Die Lehramtsstudiengänge sollen von gleicher Qualität und Dauer sein und sich an Schulstufen und nicht an Schularten orientieren. Es braucht mehr Zugangsmöglichkeiten zu einer Lehrtätigkeit unter Wahrung des hohen qualitativen Anspruchs, auch für Seiteneinsteiger*innen, sogenannte Ein-Fach-Lehrkräfte, Fachpraktiker*innen und Lehrkräfte aus dem Ausland. Außerdem wollen wir die Lehramtsausbildung in der ersten und zweiten Phase weiter regionalisieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> a) In Sachsen studieren 18 Prozent eines Abiturjahrgangs Lehramt. Die Quote ist kaum mehr steigerungsfähig, zumal die lehramtsausbildenden Universitäten an der Kapazitätsgrenze angelangt sind. Verbesserungsbedarf gibt es hingegen bei der Studienerfolgsquote. Beim Eingang ins Studium ist eine gute Studien- und Berufsberatung wichtig. Studierende und Seiteneinsteiger*innen müssen, ebenso wie Berufseinsteiger*innen, besser beraten und begleitet werden, etwa durch Mentoring-Programme. Beim Zugang zum Studium sollte es nur in Ausnahmefällen einen Numerus Clausus geben, dagegen sollten Eignungsgespräche oder pädagogische Vorerfahrungen höher gewichtet werden. Die Studienvoraussetzungen regeln die Hochschulen in eigener Verantwortung. b) Im Lehramtsstudium sehen wir die Dominanz der Fachwissenschaften gegenüber den Fachdidaktiken und der Bildungswissenschaft kritisch. Wir wollen die Rolle der Zentren für Lehrkräftebildung weiter stärken, um eine Lehramtsausbildung aus einem Guss zu ermöglichen. Wir sehen die Notwendigkeit, die Prüfungslast, insbesondere im Vorfeld des 1. Staatsexamens durch die Parallelität von wissenschaftlicher Arbeit und schriftlichen Prüfungen, zu reduzieren. Mit der Lehrplanüberarbeitung von 2019 wurden die Themen politische Bildung, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung breiter als zuvor in den Lehrplänen aller Schulen verankert und finden sich seither als thematische Schwerpunkte in der 3. Phase der Lehrkräftebildung in den zentralen Fortbildungsakademien. Wir streben an, dass sich diese Querschnittsthemen deutlicher und früher in der Lehrkräftebildung niederschlagen, also auch als obligatorische Module in der hochschulischen Ausbildung oder im Referendariat. Als Blaupause könnte hier das Modul „Politische Bildung für alle“ an der TU Dresden dienen. Insgesamt streben wir eine größere Praxisnähe der Lehrkräftebildung an. Praxisphasen im Studium sollten früher einsetzen und gut begleitet werden. Ein längeres Blockpraktikum oder ein Praxissemester sollte fester Bestandteil jedes Lehramtsstudiums sein. Entsprechend der neuen Beschlusslage der KMK sind wir offen für die Erprobung dualer Lehramtsstudiengänge. In allen Praxisphasen – schulpraktische Übungen, Praktika, Referendariat – muss genug Zeit und Gelegenheit gegeben sein für wissenschaftliche Reflexion und Rückkopplung mit der Hochschule (Stichwort kumulativer Kompetenzaufbau). Das Förderschullehramt soll zu einem Lehramt für inklusive Pädagogik weiterentwickelt werden, gleichzeitig wollen wir verpflichtende inklusionspädagogische Module in allen Lehramtsstudiengängen verankern. Der Umgang mit Heterogenität und Diversität soll in allen Lehramtsstudiengängen vermehrt Thema sein, ebenso wie Module zu Digitalität/Medienkompetenz. Zu den Studieninhalten sollten ferner Themen

	<p>Phase der Lehrkräftebildung“ zu stärken und eine fortwährende Weiterbildung zu sichern.</p>	<p>wie psychische Gesundheit, Emotionskompetenz, der Abbau von Mobbing und die Förderung von sozialen Kompetenzen zählen.</p> <p>c) Im Strategiepapier zum Prozess „Bildungsland Sachsen 2030“ ist vorgesehen, dass alle an der Lehrkräftebildung beteiligten Institutionen ein gemeinsames Leitbild entwickeln, um die Kohärenz von erster und zweiter Phase zu sichern. Dazu sollen die Studienordnungen und das Curriculum des Vorbereitungsdienstes inhaltlich aufeinander abgestimmt werden. Auch die Einbindung von Lehrenden der Hochschulen in die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte soll die gemeinsame Verantwortung für die Lehrkräftebildung unterstreichen. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen diese Maßnahmen. Gleichzeitig wollen wir auch in der zweiten Phase der Lehramtsausbildung den Weg der Regionalisierung fortsetzen, wie zuletzt durch die Erweiterung der Lehrerausbildungsstätte in Löbau. Die Berufseinstiegsphase von Lehrer*innen ist so zu gestalten, dass Teilzeitverträge und andere Abmilderungen auch ohne Rechtsanspruch leichter zugänglich sind, um diese besonders anstrengende Phase so zu gestalten, dass Lehrer*innen möglichst langfristig im Beruf bleiben.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>AFD</p>	<p>BSW</p>
<p>a) Wir setzen uns dafür ein, zusätzliche Anreize für das Lehramtsstudium zu bieten, beispielsweise Stipendien. Lehramtsstudierende sollen in den Praxisphasen in ländlichen Raum stärker finanziell unterstützt werden, etwa durch die Bereitstellung von Wohnraum und die Erstattung von Fahrtkosten. Durch die Schaffung von Außenstellen der Lehrkräftebildung in Ost- und Westsachsen sollen der Eingang ins Studium vereinfacht und die Betreuung während der Praxisphasen sowie vereinzelt Seminare in Wohnortnähe abgesichert werden. Auf diese Weise können wir Lehrkräfte besser für die Regionen in Sachsen gewinnen, in denen der Mangel am gravierendsten ist.</p> <p>b) Wir setzen uns für eine Neustrukturierung der Lehramtsausbildung ein. Sie sollte in die Phasen Studium, Berufseinstieg und Weiterbildung umgebaut werden. Das Studium wird so umgestaltet, dass die Prüfungs- und Arbeitslast für die Lehramtsstudierenden gesenkt wird. Zudem sollte die starre Fächerkultur im Lehramtsstudium enden, um durch transdisziplinäre Herangehensweisen besser aufgestellt zu sein. Fachwissenschaft und Fachdidaktik sollen im Studium aufeinander aufbauen - denn Didaktik ist in der Wissensvermittlung keine Nebensache. Lehrkräfte werden außerdem nach Schulstufen statt nach Schularten ausgebildet, damit sie flexibel für die jeweiligen Altersstufen einsetzbar sind. Junge Menschen, die heute Lehrkraft werden wollen, brauchen Flexibilität und Chancen für ihre persönliche Entwicklung. Um das Lehramtsstudium insgesamt stärker an der Praxis auszurichten, müssen Praxisphasen frühzeitig ins Lehramtsstudium integriert werden. So kann erworbenes Wissen direkt angewandt, erprobt und</p>	<p>a) Der Beruf des Lehrers ist viel mehr als nur ein Vermittler von Wissen auf einem bestimmten Fachgebiet. Entsprechend muss vor Beginn des Studiums auch die pädagogische Eignung der Bewerber überprüft werden. So können auch die noch immer viel zu hohen Abbruchquoten und das frühzeitige Aussteigen aus dem Lehrerberuf verringert werden. Wir befürworten auch einen Ausbau des FSJ-Pädagogik, um noch mehr junge Menschen für ein Studium zu begeistern. Ebenso müssen die Zugangshürden (NC) zu einigen Lehramtsfächern überprüft und durch standardisierte Eignungstests und Auswahlgespräche ersetzt werden.</p> <p>b) Die fachspezifischen Lehrinhalte im Studium müssen aus unserer Sicht in Umfang und Tiefe besser an die Anforderungen der Lehrpläne der jeweiligen Schularten und Klassenstufen angepasst werden. Ein Mathematiklehrer an einer Grundschule muss nicht die gleichen mathematischen Kenntnisse besitzen wie ein Mathematiker an der Uni. Wir wollen stattdessen deutlich mehr Didaktik, Pädagogik, aber auch Psychologie in den Curricula verankern, um auf die Herausforderungen im heutigen Schulalltag vorbereitet zu sein</p> <p>c) In Bezug auf den Übergang vom Studium zum Referendariat/Arbeitsleben wollen wir eine grundsätzliche Reform der Lehrerausbildung. Theorie und Praxis müssen von Beginn an viel stärker verzahnt werden. Als Vorbild sehen wir Estland, wo Lehramtsstudenten von Beginn des</p>	<p>a) Mehr Transparenz erzeugen, damit Studierende konkret wissen, was sie erwartet.</p> <p>b) mehr praktische Anteile, Veränderung in Richtung duales Studium, mehr Inhalte zum Thema Medienkompetenz, mehr Anteile mit Blick auf andere Schularten, mehr Anteile im Hinblick auf Umsetzung Inklusion</p> <p>c) Mehr Zusammenarbeit / mehr Transparenz/ Struktur zwischen Universität und den Lehrerausbildungsstätten bzw. Universität und Schulen sowie Lehrerausbildungsstätten und Schulen</p>

<p>evaluiert werden. Am Ende sollen keine Fachwissenschaftlerinnen und Fachwissenschaftler, sondern Fachkräfte für Wissensvermittlung die Hochschulen nach dem Lehramtsstudium verlassen.</p> <p>c) Die Berufseinstiegsphase muss so ausgestaltet sein, dass für alle jungen Lehrpersonen eine gute Betreuung gewährleistet wird und es die Möglichkeit gibt, phasenweise in das Berufsleben einzusteigen. Demzufolge wächst auch das Stundendeputat sowie das Gehalt linear an. Wir finden es auch richtig und notwendig, Studierenden höherer Semester häufiger den Einsatz im Schulalltag zu ermöglichen, wie das derzeit im Landkreis Görlitz in Kooperation mit der TU Dresden erprobt wird.</p>	<p>Studiiums an in den Schulen tätig werden. Was anfangs nur Hospitationen und kleine Assistenzaufgaben sind, sollen bereits nach wenigen Semestern die Betreuung eigener Lerngruppen oder die Übernahme einzelner Einheiten/Unterrichtsstunden sein. Entsprechend der Zeit, Intensität und Verantwortung soll es für die Studenten finanzielle Ausgleich geben. Inwieweit nach erfolgreicher Umsetzung einer derartigen Reform das Referendariat überhaupt noch notwendig ist, wollen wir prüfen.</p>	
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Freie Wähler	FDP
<p>a) Wir möchten das Lehramtsstudium als dualen Studiengang etablieren. Wir versprechen uns hiervon, die Attraktivität einerseits zu erhöhen sowie den von Anfang an besseren Praxisbezug zu verbessern.</p> <p>b) Wir möchten den pädagogischen Teil stärker in den Vordergrund rücken. Lehramtsstudenten sollen weder Professoren noch Wissenschaftler werden, sondern vor allem Wissen an sehr junge Menschen vermitteln. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Schülerinnen und Schüler immer heterogener zusammensetzen. Ferner sind die aktuellen und aus unserer Sicht nicht mehr aufzuhaltenden Technologien wie künstliche Intelligenz stärker mit einzubeziehen.</p> <p>c) Durch ein duales Lehramtsstudium sollte der Übergang ins Arbeitsleben von Anfang an besser funktionieren.</p>	<p>a) Wir Freie Demokraten wollen die verstärkte Durchführung von Informationskampagnen an Schulen, um Schüler frühzeitig über den Lehrerberuf und die Möglichkeiten der Lehrerausbildung zu informieren, vorantreiben und das Angebot von Schnuppertagen und Praktika an Schulen und Universitäten ausbauen. Wir werden feste Mentorenprogrammen verankern, bei denen erfahrene Lehrkräfte und Studierende höherer Semester Studienanfänger unterstützen und begleiten und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie, z.B. durch flexible Studienzeiten und Kinderbetreuungsangebote, etablieren. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die grundständige Lehrerausbildung für alle Schularten an den drei sächsischen Universitätsstandorten Leipzig, Dresden und Chemnitz gestärkt wird und regionale Ausbildungskapazitäten durch die Einrichtung von universitären Außenstellen an den Hochschulstandorten in Mittel-, Ost- und Westsachsen geschaffen werden – analog der bereits bestehenden Kooperation zwischen der Universität Leipzig und der HAW Zwickau. Wir setzen uns zudem für ein Stipendienprogramm für angehende Lehrkräfte im ländlichen Raum ein. Damit sollen insbesondere sächsische Lehramtsstudenten möglichst heimatnah sowie gezielt in den Bedarfsregionen ausgebildet werden. Für uns ist auch klar, dass wir mehr Lehramtsstudienplätze brauchen, um den Bedarf, aber auch das starke Interesse an dem Studium zu bedienen.</p> <p>b) Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die akademischen Ausbildungsinhalte im Lehramtsstudium zu straffen und vermehrt anwendungsbezogene Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die für den späteren Unterrichtsalltag besonders relevant sind. Wir wollen den Fokus von der akademischen Ausbildung in den gewählten Fächern auf Didaktik und praktischer Unterrichtsgestaltung geraderücken. Zudem werden wir die Weiterbildung des Lehrpersonals ausbauen und dafür sorgen, dass die Lehrkräfte immer die besten Fortbildungsangebote bekommen.</p> <p>c) Die Praxisanteile des Lehramtsstudiums werden wir erhöhen und werdende Lehrkräfte früher als derzeit vor die Klassen bringen. Die Praxisnähe des Lehramtsstudiums wollen wir durch die Einführung eines Praxissemesters sowie verpflichtende Praktika in den Bedarfsschularten stärken. Wir Freie Demokraten setzen uns außerdem für eine duale Lehrerausbildung ein. Dabei sollen die angehenden Lehrkräfte von Anfang an in der Schule eingesetzt werden und somit sofort einen direkten Praxisbezug erfahren. Das schafft Vertrauen und Rückkopplung zwischen theoretischen Lerninhalten und praktischer Anwendung. Zudem können Lehramtsstudenten sehr früh erkennen, ob der anspruchsvolle Beruf etwas für sie ist und sie diesem gewachsen sind. Angelehnt an das Modellprojekt „SchulAQ“ für die berufsbildenden Schulen an der TU Dresden wollen wir Freie Demokraten prüfen, ob das duale Studium langfristig als „Aufstiegsstudiengang“ für die allgemeinbildenden Schulen auf Personen ohne allgemeine Hochschulreife, aber mit einschlägiger Berufserfahrung ausgeweitet werden kann.</p>

4. Die Schülerbeförderung im ländlichen Raum hat Einfluss auf viele Aspekte (GTA-Angebote, Schulessen etc.). Sind Sie mit der derzeitigen Situation der Schülerbeförderung zufrieden? Wenn nein, welche Veränderungen streben Sie konkret an, um eine bessere und flexiblere Beförderung zu ermöglichen?

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Für die Schülerbeförderung zeichnen die Kommunen als Träger des ÖPNV entsprechend verantwortlich. Wir unterstützen sie in erheblichem Umfang mit finanziellen Mitteln. Grundsätzlich sehen wir keinen gravierenden Änderungsbedarf. Gleichwohl werden sich mit der Umsetzung des Rechts auf Ganztagsbetreuung neue Herausforderungen ergeben, denen wir im Dialog mit den Aufgabenträgern in den kommenden Jahren Rechnung tragen werden.</p>	<p>Dank der SPD gibt es seit 2021 das Bildungsticket, das seit 2023 auch Freiwilligendienstleistende nutzen können. Damit steht Schüler:innen nicht nur die Schülerbeförderung, sondern der gesamte ÖPNV im Verbundraum einfach und kostengünstig zur Verfügung. Fast 200.000 Schüler:innen und Freiwilligendienstleistende nutzen das Bildungsticket. Wir wollen es fortführen, den Preis von 15 Euro pro Monat halten und das Nutzungsgebiet auf ganz Sachsen ausdehnen. Mit der Sächsischen Mobilitätsgesellschaft wollen wir die Attraktivität des ÖPNV weiter ausbauen, einen verbindlichen Landesnahverkehrsplan entwickeln und ihn schließlich umsetzen. Wir wollen zukünftig die Bahn- und überregionalen Busverkehre in Landesverantwortung besser planen. Die Nahverkehrsplanung wird so endlich ganzheitlich gedacht, über Zweckverbands- sowie Landesgrenzen hinaus. Den Anteil der Menschen, die an das ÖPNV-Grundnetz angebunden sind, wollen wir weiter steigern. Damit die Mittelstädte und ländlichen Räume stärker von den Metropolen profitieren, wollen wir für mehr umsteigefreie Verbindungen sorgen und die S-Bahnen rund um Dresden und Leipzig sowie das Chemnitzer Modell weiter ausbauen. Durch diese generelle Stärkung des ÖPNV entwickelt sich auch die Schülerbeförderung weiter. Gerade bei der Planung des Grundnetzes ist der Schülerverkehr von besonderer Bedeutung und muss mehr Beachtung finden, damit schulische wie außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche gut und schnell erreichbar sind.</p>	<p>Mobilität muss einfach, günstig und flexibel sein, um Teilhabe für alle zu gewährleisten. Kein (schulisches) Angebot darf daran scheitern, dass kein Bus oder keine Bahn fährt. Die Einführung des Bildungstickets markiert aus unserer Sicht einen Meilenstein für die Mobilität der Schüler*innen. Wir haben das Projekt von Beginn an unterstützt und tun dies auch weiterhin. Wir BÜNDNISGRÜNE konnten erreichen, dass inzwischen auch Freiwilligendienstleistende das Bildungsticket nutzen können, wofür wir uns lange stark gemacht hatten. Aus unserer Sicht ist es wichtig, ein verlässliches Angebot für alle Nutzer*innen zu schaffen. Deshalb setzen wir uns für eine Qualitätsoffensive und eine auskömmliche Finanzierung für den gesamten ÖPNV ein. Dies umfasst die Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung durch den Freistaat Sachsen und den Einsatz der Regionalisierungsmittel für den Ausbau des ÖPNV. Daneben machen wir uns für bessere Rahmenbedingungen in der Schülerbeförderung stark, insbesondere durch eine Vereinheitlichung und Verbesserung der Standards hinsichtlich Mindestentfernungen zwischen Wohnort und Schule sowie Begrenzung bzw. Deckelung des Eigenanteils der Schüler*innen bzw. Eltern. Ergänzend zum Bildungsticket setzen wir uns für einen Sozialtarif für das Deutschlandticket für Schüler*innen ein, um bei Bedarf noch umfassendere klimaschonende und bezahlbare Mobilität für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen.</p>

Die Linke	AFD	BSW
<p>Grundsätzlich setzt sich Die Linke dafür ein, dass Schulwege so kurz wie möglich sind und junge Menschen nicht stundenlang unterwegs sein müssen. Das heißt auch: Nötig sind ein Schulstandort in Wohnortnähe und gute ÖPNV-Anbindungen – unabhängig von der Schülerbeförderung - in jeder Gemeinde und in jeder Stadt. Nur so können auch GTA-Angebote von allen genutzt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen, mindestens jedoch auch ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben können.</p>	<p>Die weitreichenden Schulschließungen der letzten Jahrzehnte gerade in ländlichen Regionen gingen zu Lasten vieler Kinder, Eltern und Lehrer. Weite und zeitraubende Fahrwege führen zu Frust bei allen Betroffenen. Zukünftig muss es wieder Möglichkeiten geben, auch Schulstandorte mit geringen Schülerzahlen zu erhalten. Aus unserer Sicht ist daher die Schülerbeförderung im ländlichen Raum deutlich ausbaufähig. Zum einen wollen wir die Kommunen finanziell besser ausstatten, um die Schülerbeförderung zu optimieren. Dazu gehört eine engere Abstimmung der Verkehrsverbindungen zwischen Wohnorten und Schulen und die Optimierung der Busfahrpläne. Zum anderen wollen wir Pilotprojekte zu alternativen Beförderungsmöglichkeiten wie Ruf-Busse, gesonderte Schulbusse oder Fahrgemeinschaften unterstützen.</p>	<p>BSW ist natürlich nicht zufrieden, es muss mehr Koordination zwischen den Fuhrbetrieben und den "Bedürfnissen" von Schulen geben, Ausbau einer flächendeckenden Versorgung mit dem ÖPNV, besonders im Hinblick auf die ländlichen Gebiete, Schaffung von mehr Angeboten zur Beförderung, mehr „Mitspracherecht“ bei der Planung von Fahrtrouten/Fahrzeiten durch Schulträger.</p>
Freie Wähler	FDP	
<p>Wir sehen klaren Verbesserungsbedarf. Lösungsansätze müssen insbesondere im ländlichen Raum ortsbezogen gefunden werden. Alle und alles über einen Kamm zu scheren, wird nicht funktionieren. So können Rufbusse und On-Demand-Verkehre flexible Transportlösungen bieten, die auf Abruf bereitgestellt werden und somit nicht an feste Fahrpläne gebunden sind. Dies kann die Erreichbarkeit verbessern, insbesondere in abgelegenen oder dünn besiedelten Gebieten. Ebenso sehen wir Investitionen in sichere Fahrradwege und Abstellmöglichkeiten als Ansatz, Schüler dazu zu ermutigen, das Fahrrad als Transportmittel zu nutzen. Programme zur Förderung des Radfahrens, wie Fahrradausbildungsprogramme oder geförderte Fahrradanschaffungen, könnten dabei ebenfalls unterstützend wirken.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind mit der derzeitigen Situation der Schülerbeförderung nicht zufrieden und wollen diese verbessern. Hierzu werden wir die Taktung der Busse verbessern und die Einführung flexibler Beförderungssysteme wie On-Demand-Verkehre (z.B. Rufbusse oder Sammeltaxis) vorantreiben. Zusätzlich wollen wir die Entwicklung und Förderung digitaler Plattformen und Apps, die die Planung und Buchung von Schülerbeförderungen erleichtern und die Flexibilität erhöhen, vorantreiben. Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und die Sicherstellung der Barrierefreiheit der Beförderungsmittel ist hierbei ebenso entscheidend. Die Sicherheit von Bushaltestellen und des Schulumfeldes wollen wir erhöhen.</p>	

5. In Städten haben wir soziale Herausforderungen, Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung. Wie wollen Sie einer Überlastung von Schulen mit einer Häufung an Herausforderungen begegnen und welche Konzepte haben Sie, um Lasten zwischen Schulen und Schulformen aber auch Regionen zu verteilen?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Die Verteilung von Kindern mit Flucht- und Migrationshintergrund in den sächsischen Kommunen und Landkreisen stellt eine besondere innenpolitische Herausforderung dar, der wir uns seit Jahren sehr intensiv stellen. Die damit verbundenen Herausforderungen des Schulsystems gilt es dabei mitzudenken und abzusichern. Die hohe Zahl an Migrantenfamilien mit schulpflichtigen Kindern und deren Beschulung ist eine schwierige Aufgabe, zumal das Interesse der Menschen tendenziell zunächst auf die großen Städte fokussiert ist. Wir setzen dabei alles daran, den Schülerinnen und Schülern zunächst die notwendigen Sprachkompetenzen über die Integrations- und DaZ-Klassen zu vermitteln, um sie schnellstmöglich in den regulären Unterricht in den Klassen integrieren zu können. Eine Verteilung der Lasten zwischen den Regionen versuchen wir, über eine verstärkte Orientierung auch in den ländlichen Raum zu ermöglichen. Die Orientierung in die jeweiligen Schulformen ist abhängig vom Alter und dem jeweiligen Bildungsstand.</p>	<p>Schulen sind der Spiegel ihres Umfeldes. Schulen mit einer Häufung an Herausforderungen befinden sich in Stadtteilen mit einer Häufung an Herausforderungen. Deshalb ist es so wichtig, mit einer guten Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik die Ursachen solcher Belastungen zu beseitigen. Für die Schulen selbst sind ausgebaute Hilfe- und Assistenzsysteme eine große Unterstützung. Daher hat sich die SPD vehement für die Einführung von Schulsozialarbeit und Schulasistenz eingesetzt und will beide Bereiche deutlich ausbauen. Die Gemeinschaftsschule trägt ebenfalls zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Lasten bei, genauso ist es uns wichtig, durch den Erhalt kleinerer Schulen im ländlichen Raum das Entstehen neuer Belastungen zu vermeiden.</p>	<p>Bildung ist der Schlüssel für Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Das Recht auf Bildung gilt für alle. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen, die zu uns kommen, zügig einen Schulplatz zugewiesen bekommen. Damit Integration gelingt, müssen Schüler*innen mit Migrationsgeschichte breiter verteilt werden, unter Einbeziehung aller Regionen, aller Schularten und aller Schulen. Wir wollen die Anrechnungsstunden für Betreuungslehrkräfte erhöhen, damit diese Integrationsprozesse begleiten können. Außerdem brauchen wir mehr Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Lehrkräfte aus dem Ausland und Schulassistenzen inkl. Sprach- und Integrationsmittler*innen. Das dreistufige Integrationskonzept erachten wir im Grundsatz für geeignet, sofern die Vorbereitungsklassen und die (aufnehmenden) Regelklassen nicht zu groß werden. Zwar konnten wir im Landtag erreichen, dass inzwischen alle Schulanmeldungen und Schulplatzzuweisungen zentral erfasst werden – und nicht nur die ukrainischer Kinder und Jugendlicher –, jedoch ist das Problem damit nur beschrieben, nicht gelöst. Wir fordern flexible Lösungen vor Ort, räumlich und personell, zum Beispiel Unterricht für Vorbereitungsklassen im Schichtbetrieb am Vor- und Nachmittag oder Wechselunterricht sowie den Einsatz digitaler Lernplattformen und -module. Dafür muss die Schulaufsicht auch unkonventionelle Lösungen aktiv unterstützen. Das Projekt „Lernen durch Praxis“ für junge Migrant*innen über 15 Jahre mit unterbrochener Bildungsbiographie sehen wir als guten Anfang. Jedoch brauchen wir deutlich mehr gezielte, passgenaue Angebote, die die jungen Menschen dort abholen, wo sie stehen, und Anschlussperspektiven aufzeigen oder schaffen. Lernangebote, die die Schulpflicht nicht erfüllen und keine systematische Vermittlung der Bildungssprache Deutsch umfassen, sind keine Alternative. Um Inklusion erfolgreich zu gestalten und in allen Förderschwerpunkten eine inklusive Beschulung abzusichern, wollen wir die eingerichteten Kooperationsverbünde verstetigen und weiterentwickeln. Wir sehen Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch als Aufgabe für alle Schulen und Schularten gleichermaßen. Deshalb wollen wir auch Gymnasien für den lernzieldifferenten Unterricht öffnen. Pädagogische Fachkräfte sollen umfassend zum Thema Inklusion aus-, fort- und weitergebildet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass inklusiv arbeitende Schulen pauschale Zuweisungen erhalten, die sie nach Bedarf vor Ort in zusätzliche</p>

		<p>räumliche oder personelle Kapazitäten investieren können, in Ergänzung zu Gewichtungsfaktoren bei der Klassenbildung und Integrationsstunden. Schulen mit besonderen Bedarfen sollen beim Ausbau aller Arten von Schulasistenz und Unterstützungssystemen bevorzugt berücksichtigt werden. Um Ressourcen wirksam und zielgenau einzusetzen, brauchen wir das Know-how der kommunalen Familie und ein umfassendes Bildungsmonitoring. Die Aussteuerung von Programmen, etwa zur Schulsozialarbeit, soll unter Nutzung des Wissens vor Ort gemeinsam mit Schulaufsicht, Kinder- und Jugendhilfe sowie örtlichen Entscheidungsträgern erfolgen. Außerdem unterstützen wir die Öffnung und Vernetzung von Schulen im Sozialraum sowie die Nutzung außerschulischer Lernorte. Letztlich wird auch das Startchancen-Programm zusätzliche Ressourcen an die Schulen bringen, die gemäß Sozialindex besondere Herausforderungen zu meistern haben.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>AFD</p>	<p>BSW</p>
<p>Die Herausforderungen im Bildungssystem bestehen nicht erst, seitdem es mehr Schülerinnen und Schüler mit Flucht- und Migrationserfahrung gibt. Wir wollen erreichen, dass jeder Schule mit einem eigenen Schulbudget mehr Flexibilität ermöglicht wird, um selbstständig besonderen Bedarf abzudecken und auch kurzfristig auf Herausforderungen im Schulalltag reagieren zu können. Dafür muss es Unterstützung vom Freistaat geben. Wir wollen eine „Schule für alle“, an der alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. So lassen sich Vorurteile abbauen und Solidarität kann erlernt werden. Gemeinsames Lernen wirkt nachweislich positiv auf den Lernerfolg, wenn es richtig konzipiert und fachlich unterstützt wird. Schulsozialarbeit soll überall verfügbar sein, um im Schulalltag zu unterstützen, etwa bei der Konfliktbewältigung.</p>	<p>Schulen in sogenannten sozialen Brennpunkten brauchen mehr Unterstützung und Entlastung. Gerade hier sind die Klassen oft voll und die Lehrkräftesituation angespannt. Starke, auch finanzielle Anreize für Lehrer, um sie für diese Schulen zu gewinnen, streben wir an. Dabei sind die aktuellen Herausforderungen gerade in Bezug auf Flucht und Migration zu großen Teilen hausgemacht. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass geltendes Recht auch umgesetzt wird. In vielen Klassen sitzen seit diesem Schuljahr Kinder, die kaum deutsch sprechen. Sie können weder dem Schulstoff folgen, noch lernen sie dabei ausreichend deutsch. Aus unserer Sicht war die schnelle Eingliederung in die Regelklassen ein Fehler. Was in Kindertageseinrichtungen vielleicht relativ gut und spielerisch funktioniert, scheitert in Regelklassen am vollen Lehrplan, der Größe der Klassen und der fehlenden Zeit der Lehrer. Im ersten Schritt müssen Kinder mit Bleiberecht die deutsche Sprache lernen – in separaten Klassen oder auch bei externen Dienstleistern (z. B. VHS). Dabei fordern wir auch mehr Eigeninitiative der Eltern. Bei ausreichenden Sprachkenntnissen können die Kinder in Regelklassen integriert werden. Kinder aus Familien mit geringer Bleibeperspektive sollen in ihrer Heimatsprache unterrichtet und auf ihre Rückkehr in die Heimatländer vorbereitet werden.</p>	<p>Wir wollen ein lebenswertes Sachsen sowohl in Stadt als auch auf dem Land. Dazu gehört auch eine gute Versorgung mit Bildung vom Kindergarten über die Schulen bis zur Erwachsenenbildung. Das heißt auch, mit uns wird es keine Schulschließungen geben. Wir fordern daher verpflichtende Sprachtests für Kinder ab 3 Jahren, um bei etwaigen Defiziten reagieren zu können – mit einem verpflichtenden KITA- oder Vorschulbesuch. Zusätzlich wollen wir in den Grundschulen eine Rückbesinnung auf das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, werden wir mindestens bis zum Ende der Grundschule aus den Klassenzimmern verbannen. Wir wollen wieder mehr Anerkennung für unsere Oberschulen.</p>

Freie Wähler	FDP
<p>Die Migration stellt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen dar. Kapazitäten, um sich insbesondere im schulischen Bereich diesen Herausforderungen zu stellen, lassen sich nicht aus dem Hut zaubern. Derzeit können über 1500 Kinder aus migrantischen Familien nicht beschult werden. Hier ist absehbar, dass Integration scheitert. Daher müssen wir vor allem die illegale Migration bekämpfen. Es ist zum Beispiel nicht hinnehmbar, dass Asylsuchende ohne Nachweis der eigenen Identität einreisen dürfen. Wir benötigen einen effektiven Grenzschutz und weitere gesetzlicher Maßnahmen, um illegale Migration zu unterbinden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Brennpunktschulen stärker zu unterstützen und, wo möglich, eine ausgleichendere Verteilung der Kinder zu erreichen. Wir wollen verstärkt Schulsozialarbeiter und weitere unterstützende Fachkräfte dem Lehrpersonal zur Seite stellen. Wir werden die Einführung und den Ausbau von Sprachförderprogrammen für Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung vorantreiben sowie Projekte und Initiativen, die die soziale Integration und den interkulturellen Austausch unterstützen, fördern. Darüber hinaus wollen wir Fort- und Weiterbildungsprogrammen für Lehrkräfte, um sie im Umgang mit den besonderen Herausforderungen zu schulen, verstärken und die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen, um bewährte Praktiken zu teilen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, fördern. Für uns hat die Entlastungen von Lehrkräften von administrativen Aufgaben eine hohe Priorität, welche wir mit der Einstellung von Verwaltungspersonal begegnen wollen.</p>

6. In den Gesprächen war Konsens, dass Oberschulen derzeit besonderes Augenmerk und Unterstützung benötigen. Welche konkreten personellen sowie lernbedingten Maßnahmen streben Sie in der nächsten Legislatur an, um den Stellenwert der Oberschulen aufzuwerten und zu stärken?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Oberschulen sind die wichtigste Schulart mit Blick auf den bestehenden Fachkräftebedarf der Wirtschaft. Daher gilt ihnen auch eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Sicherung der Unterrichtsversorgung wollen wir im Rahmen des Strategieprozesses „Bildungsland Sachsen 20230“ im Rahmen der Weiterentwicklung der Lehrpläne die Vermittlung persönlicher Kompetenzen stärken, um die Ausbildungsfähigkeit der Oberschülerinnen und Oberschüler nachhaltig zu stärken. Der vereinfachte Zugang zum Gymnasium hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Oberschulen mehr und mehr Schülerschaft verloren haben, die für eine herkömmliche Berufsausbildung und eine spätere Beschäftigung als Facharbeiter in sächsischen Unternehmen besser geeignet wären. Durch Abbrüche der schulischen Ausbildung am Gymnasium haben sie zum Teil wichtige Zeit verloren, um einen schnellen Einstieg in eine Beschäftigung zu erreichen. Hier prüfen wir, ob die Zugangsvoraussetzungen zum Gymnasium mit Blick auf die Anforderungen und den Fachkräftebedarf noch zeitgemäß sind. Mit dem Start-Chancen-Programm des Bundes wollen wir zudem Oberschulen in besonderen Lagen in ihrer Arbeit im Interesse besserer Bildungschancen unterstützen.</p>	<p>Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat die Stärkung der Oberschulen bereits in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt ihrer bildungspolitischen Arbeit gestellt: Die gleiche Bezahlung der Lehrkräfte und die verstärkte Ausstattung der Oberschulen mit GTA-Mitteln verfolgen dieses Ziel, ebenso die gesetzliche Festschreibung der Schulsozialarbeit an Oberschulen, die Einführung einer Fachberaterstruktur sowie der flächendeckende Einsatz von Praxisberater:innen. Diesen Weg der verstärkten Ressourcenausstattung setzen wir fort. Gleichzeitig werden wir die Möglichkeiten zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ ausweiten und stärken und wollen möglichst viele Oberschulen für eine entsprechende Weiterentwicklung gewinnen.</p>	<p>Zunächst muss es gelingen, den Unterricht an Oberschulen wieder vollumfänglich abzusichern. Dafür brauchen wir mehr Lehrkräfte. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen dabei auf eine Regionalisierung der Lehramtsausbildung in der ersten und zweiten Phase, um Lehrkräfte dort (und für die Lehrämter und Fächer) auszubilden, wo sie besonders dringend gebraucht werden. Eine Ausbildung nach Schulstufen, wie wir sie in unserem Lehrkräftebildungsgesetz vorsehen, würde ebenfalls helfen, den Lehrkräfteeinsatz über Schularten hinweg zu flexibilisieren. Projekte wie „Schule bewegt Sachsen“ der TU Dresden in der Oberlausitz sollten ausgeweitet werden und den Fokus sowohl auf Bedarfsregionen als auch auf Schularten und Standorte mit hohem Personalbedarf richten. Mit Blick auf die personelle und finanzielle Unterstützung werden Oberschulen bereits jetzt umfangreich berücksichtigt, etwa durch die Vollfinanzierung eines/einer Schulsozialarbeiter*in oder durch die Auswahl von Schulen für das Startchancen-Programm (ausschließlich Grund- und Oberschulen). Auch Praxisberater*innen und Berufseinstiegsberater*innen sind an vielen Oberschulen tätig. Dieses Unterstützungssystem wollen wir weiter ausbauen (siehe auch Frage 2). Oberschulen dürften bei einer verstärkten Ressourcensteuerung nach Sozialindex mehr als andere Schularten von einem Ausbau der Schullast und der Unterstützungssysteme profitieren, da die Problemlagen komplexer sind. Für eine Aufwertung der Oberschulen müssen zudem die Stärken herausgestellt und fortentwickelt werden. Oberschulen haben häufiger als andere Schularten vielfältige Kooperationen mit (örtlichen) Unternehmen und eine stärkere Praxisorientierung. Das mit dem „Bildungsland Sachsen 2030“ angedachte Gesamtkonzept zur Berufsorientierung unterstützen wir ausdrücklich, ebenso wie den Vorschlag, Ostsachsen zu einer Modellregion für berufspraktischen Unterricht (Praxistage) an Oberschulen zu machen. Eine Stärke der Oberschulen liegt auch in der Vielfalt der Angebote für ein breites Leistungsspektrum der Schüler*innen: neben dem Hauptschul- und dem Realschulbildungsgang gibt es das produktive Lernen für abschlussgefährdete Schüler*innen, neben Angeboten für leistungsstarke Oberschüler*innen, etwa bei den Fremdsprachen. Oberschulen+ bieten mit dem Profil des längeren gemeinsamen Lernens eine attraktive Alternative und können zudem helfen, Schulstandorte zu erhalten. Für uns steht fest, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie Inklusion oder die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte nicht von einer Schulart alleine geschultert werden kann. Deshalb wollen wir auch Gymnasien für den lernzielfferenten Unterricht öffnen und Schüler*innen mit Migrationsgeschichte unter Einbeziehung aller Schularten und Schulen breiter verteilen.</p>

<p>Die Linke</p> <p>Vorangestellt: Unser Ziel bleibt die Überwindung von Grund- und Oberschulen, weil wir die Gemeinschaftsschule als Regelschule anstreben, solange es aber das aktuell gegliederte Schulsystem gibt, will Die Linke für die Oberschulen folgendes: Mit Blick auf den Fachkräftemangel in Ausbildungsberufen kommt den Oberschulen eine besondere Rolle zu. Wir wollen das Berufsorientierungssystem mit qualifizierten gewerkschaftlich oder sozialpädagogisch ausgebildeten Berufsberaterinnen und -beratern an allen weiterführenden Schulen verbessern. Orientierungszeiten müssen ausgebaut und Projektwochen zur beruflichen Orientierung ab der 8. Klasse in den Lehrplan eingebaut werden, wobei Gewerkschaften beteiligt werden sollen. Außerdem sollen als Orientierungshilfe bereits ab Klasse 5 unterschiedliche Berufsfelder vorgestellt werden. Übergangsphasen wie das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr wollen wir weiterentwickeln. Wir wollen außerdem den praktischen Unterricht an den Schulen erweitern, damit mehr junge Menschen Lust aufs Handwerk bekommen.</p>	<p>AFD</p> <p>Oberschulen, aber auch Förderschulen sind derzeit am stärksten vom Lehrermangel betroffen. Wir wollen kurzfristig Lehrer an besonders vom Mangel gekennzeichnete Oberschulen abordnen. Grundsätzlich muss aber die Oberschule an Attraktivität gewinnen – insbesondere bei Lehramtsstudenten. Gerade Lehrer für MINT-Fächer werden gebraucht. Hier wollen wir gezielt Anreize schaffen, um angehende Studenten für die Tätigkeit an Oberschulen zu begeistern. Mehr Praxis von Anfang an oder die Anpassung der Curricula an Lehrplaninhalte der Oberschulen sind da nur einige Stellschrauben. Darüber hinaus wollen wir Oberschüler viel stärker als bisher wertschätzen – ein Schulabschluss, der auf eine Berufsausbildung vorbereitet, muss sich nicht hinter dem Abitur verstecken! Das Schulklima kann durch ausreichend Personal, eine moderne Infrastruktur und Ausstattung und eine umfassende Mobbing- und Gewaltprävention deutlich verbessert werden. Wer sich in der Schule auch wohl und aufgehoben fühlt und als Schüler und Lehrer wertgeschätzt wird, befördert ein positives Schulklima.</p>	<p>BSW</p> <p>Dazu gehört Wertschätzung der Abschlüsse der Ober- und Gemeinschaftsschulen, und deren bessere personelle und materielle Ausstattung müssen das Ziel sächsischer Schulpolitik werden. Ziel muss es sein, dass das Schulsystem unterschiedlichen Begabungen von Heranwachsenden endlich wieder gleiche Erfolgsaussichten einräumt. Um polytechnische und akademische Begabungen in der Ausbildung wieder stärker zusammenzuführen, hält das BSW mittelfristig die flächendeckende Einführung der dreijährigen Berufsausbildung mit Abitur (BmA) für sinnvoll.</p>
<p>Freie Wähler</p> <p>Unserer Ansicht nach bedarf es einer gezielten finanzielle Unterstützung für Oberschulen in benachteiligten Gebieten, um Infrastruktur, Lehrmaterialien und Personal zu verbessern. Ebenso wäre ein verstärkter Einsatz von Sozialarbeitern und Schulpsychologen zur Unterstützung von Schülern mit sozialen und emotionalen Herausforderungen wünschenswert. Auch die Elternarbeit darf nicht zu kurz kommen. Wir streben Programme zur stärkeren Einbindung und Unterstützung der Eltern an, um deren Beteiligung an der Bildung ihrer Kinder zu fördern. Auch Eltern-Mentorenprogramme waren andernorts schon erfolgreich.</p>	<p>FDP</p> <p>Wir Freie Demokraten teilen Ihre Ansicht, den Stellenwert der Oberschulen in Sachsen zu stärken und ihnen die notwendige Unterstützung zu bieten. Hierzu werden wir zusätzliche Lehrkräfte einstellen und spezielle Qualifizierungsprogramme für Quereinsteiger und Seiteneinsteiger vorantreiben. Wir wollen verstärkt multiprofessionelle Teams etablieren und mehr Fort- und Weiterbildungsprogrammen für Oberschullehrkräfte bereitstellen. Gleichzeitig werden wir differenzierte Unterrichtsmodelle, die auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schüler eingehen, einführen und den Einsatz von Lernbegleitern und Tutoren vorantreiben. Darüber hinaus werden wir der Berufsorientierung an Oberschulen durch Kooperationen mit Unternehmen und Praktikumsangebote ausbauen und praxisnahe Projekte und handlungsorientierte Lernmethoden, um den Schülern praktische Fähigkeiten zu vermitteln, fördern. Wir wollen außerdem die Ganztagsangebote erweitern und die Unterstützung von außerschulischen Aktivitäten und Projekten wirksam umsetzen.</p>	

7. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Schulen in freier Trägerschaft bei den Ausgaben für Infrastruktur und Ausstattung zu berücksichtigen und welche konkreten Anpassungen streben Sie zur Stärkung der demokratischen Mitwirkung von Eltern und Schülern an?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Schulen in freier Trägerschaft partizipieren bereits heute umfassend im Verhältnis ihrer Schülerzahlen an Förderprogrammen zum Ausbau der schulischen Infrastruktur und Ausstattung. Einen Änderungsbedarf sehen wir nicht. Die Partizipation ist ausgewogen und transparent.</p>	<p>Die Schulen in freier Trägerschaft werden bei den Ausgaben für Infrastruktur und Ausstattung entsprechend ihres Anteils am sächsischen Schulsystem berücksichtigt und sind mit einer eigenen Vertretung in Gremien wie dem Landesbildungsrat eingebunden.</p>	<p>Schulen in freier Trägerschaft sind ein fester, integraler Bestandteil des sächsischen Bildungssystems. Sie nehmen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahr, profitieren aber nicht in gleichem Maße von staatlichen Förderprogrammen, Projekten und Maßnahmen. Der Teilhabeanspruch im Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft muss erweitert und auch mit Leben gefüllt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern eine angemessene Berücksichtigung freier Schulen bei der Fördermittelvergabe, etwa durch Verteilung nach Schüler*innenzahl bzw. -anteilen. Sofern Schulen in freier Trägerschaft nicht verbindlich und gleichberechtigt berücksichtigt werden, müssen sie einen finanziellen Ausgleich über den Schülersatz erhalten. Bei Fort- und Weiterbildungsangeboten des Freistaates funktioniert eine quotierte Platzanzahl für Lehrkräfte von Schulen in freier Trägerschaft bereits gut; in der Schulsozialarbeit hingegen wird an Oberschulen in freier Trägerschaft nach wie vor keine Stelle voll finanziert, obwohl dies für Oberschulen in öffentlicher Trägerschaft in der zugehörigen Förderrichtlinie festgeschrieben ist. In der Schüler*innen- und Elternmitwirkung haben die gesetzlichen Gremien längst Tatsachen geschaffen und Schüler*innen und Eltern freier Schulen selbstverständlich in ihre Arbeit einbezogen. Wir unterstützen eine Klarstellung im Schulgesetz oder im Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft, dass die Mitwirkung von Schüler*innen und Eltern an freien Schulen ebenso gewollt und notwendig ist wie an Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Schule für die Erziehung und Bildung der Schüler*innen ist aus unserer Sicht unabhängig von der Trägerschaft der Schule gegeben. Gleiches gilt für das Recht der Schüler*innen auf Beteiligung bei allen sie betreffenden Angelegenheiten.</p>
Die Linke	AFD	BSW
<p>Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil des sächsischen Bildungssystems, der durch die Verfassung und gesetzliche Vorgaben gesichert ist. Den freien Schulen dürfen in personeller, finanzieller Ausstattung sowie bei der Bezahlung von Lehrkräften keine Nachteile gegenüber den staatlichen Schulen entstehen, denn sie geben wichtige inhaltliche, konzeptionelle und methodische Impulse für das gesamte Schulwesen. In allen Schularten wollen wir die demokratische Mitwirkung verbessern (siehe Frage 10).</p>	<p>Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Säule im sächsischen Schulsystem und ersetzen mancherorts ein fehlendes Angebot an staatlichen Schulen. Die Nachfrage nach Plätzen an Schulen in freier Trägerschaft ist anhaltend hoch. Wir setzen uns dafür ein, dass der tatsächliche Finanzierungsbedarf für Schulen in freier Trägerschaft regelmäßig überprüft und an die sich ändernden Bedingungen (z. B. steigende Personal- und Sachkosten) angepasst wird.</p>	<p>Für uns ist Bildung vorrangig Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir sehen momentan hier keinen Änderungsbedarf an den gesetzlichen Regelungen für freie Schulen.</p>

Freie Wähler	FDP
<p>Staatliche Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft müssen im gleichen prozentualen Umfang steigen, wie – und das planen wir – die Ausgaben für staatliche Schulen künftig steigen. Weiterhin setzen wir auf steuerliche Anreize wie die Einführung von Steuererleichterungen für Spenden und Investitionen in die Infrastruktur und Ausstattung von Schulen in freier Trägerschaft. Auch für Unternehmen sollte es Steuererleichterungen geben, die Schulen in freier Trägerschaft unterstützen. Die vielfältigen Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung finden wir in Sachsen durch die zahlreichen Vertretungen wie der Ihren schon gut ausgeprägt. Das Projekt „Bildungsland 2030“ zeigt, wie alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden können. Eine Ausweitung demokratischer Mitwirkung erscheint uns nur an den Stellen zielführend, an denen nicht schon ohnehin bereits bürokratisch überladene Prozesse zu weiteren Verzögerungen in der Umsetzung führen, z.B. bei Bauprojekten.</p>	<p>Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Säule der sächsischen Bildungslandschaft geworden, gerade in Gebieten, aus denen sich der Freistaat bildungspolitisch in der Vergangenheit zurückgezogen hat. Diese Ergänzung in den Lücken, sowohl geographisch als auch oftmals inhaltlich, wollen wir Rechnung tragen und für eine auskömmliche Finanzierung sorgen. Dabei steht im Mittelpunkt, dass das Schulgeld in einem angemessenen Rahmen bleibt und die Eltern nicht überlastet. Wie auch in den staatlichen Schulen, muss bei den Schulen in freier Trägerschaft eine moderne Ausstattung und eine enge Einbindung in die Infrastruktur sichergestellt sein. In der demokratischen Mitwirkung setzen wir uns dafür ein, dass Eltern und Schüler an allen sächsischen Schulen die gleichen Rechte haben.</p>

8. Wir fordern eine Deckelung der Mittagessenspreise auf 3€ sowie Unterstützung aus Landesmitteln. Wie beurteilen Sie die Forderung und welche Konzepte vertreten und unterstützen Sie, um Kindern unabhängig vom familiären Hintergrund ein gesundes, reichhaltiges und warmes Mittagessen zu ermöglichen?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Gesunde Ernährung ist wichtig. Wir sehen dies aber auch und insbesondere als Aufgabe der Eltern, für eine solche Sorge zu tragen. Sozial schwache Familien werden im Rahmen des Bildungspakets auch in dieser Aufgabe unterstützt. Die Kommunen als Schulträger und Träger der frühkindlichen Bildung zeichnen für die Organisation und die Qualität der Mittagessenversorgung in den Einrichtungen verantwortlich. Wir unterstützen diese dabei im Rahmen der Zuschüsse für die Kindertagesbetreuung sowie im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs. Ein kostenfreies oder über die sonstige Unterstützung hinaus subventioniertes Mittagessen lehnen wir ab, da eine solche staatliche Maßnahme unserer Meinung nach nicht zur Verbesserung der Versorgung beiträgt und zudem die Gefahr nicht gerechtfertigter Mitnahmeeffekte birgt. Wir legen mit einer Investition in das verpflichtende und beitragsfreie Vorschuljahr einen Fokus auf beste Startvoraussetzungen für alle Kinder. Vor dem haushälterischen Hintergrund müssen Prioritäten gesetzt werden.</p>	<p>Uns ist wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen ein gesundes warmes Essen in ihrer Bildungseinrichtung erhalten können, weshalb wir uns für den Ausbau von Ganztagschulen einsetzen. Das Bundesteilhabeprogramm sorgt schon heute dafür, dass Kinder aus Familien mit geringen Einkommen am Mittagessen teilnehmen können. Um alle Familien finanziell zu entlasten, wollen wir hier in Sachsen die Kita-Betreuung Schritt für Schritt beitragsfrei machen, das Bildungsticket fortführen und auf Bundesebene steuerliche Entlastungen vor allem für Familien umsetzen. Zudem setzen wir uns für die Einführung der Kindergrundsicherung ein. Ernährungsbildung, Gesundheitserziehung und Bewegungsförderung sind wichtige Aufgaben in den Bildungseinrichtungen. Denn wenn Kinder von Anfang an gesunde Verhaltensweisen einüben können, haben sie gute Chancen auf Lebenszufriedenheit auch im Erwachsenenalter. Auch deshalb unterstützen wir Kinderkrippen, Kindergärten, Tageseltern sowie Grund- und Förderschulen zukünftig bei der Teilnahme am EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch.</p>	<p>Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für gesundes und bezahlbares Essen für alle ein. Eine ausgewogene Ernährung ist wichtig für die körperliche Entwicklung und das Wohlbefinden. Die Grundlagen für lebenslange Ernährungsgewohnheiten werden früh gelegt, deshalb wollen wir ein kostenfreies Mittagessen in sächsischen Kitas sowie für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten in der Schule. Wichtig ist uns zudem die soziale Komponente gemeinsamer Mahlzeiten. Ideen zur Preisdeckelung auch für ältere (Schul-)Kinder und Jugendliche stehen wir offen gegenüber. Um die Mittagsversorgung für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten zu sichern, muss die Beantragung einer Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig sein und zügig bearbeitet werden, damit keine unnötige Hürde entsteht. Wir unterstützen außerdem die Einrichtung von Quartiersküchen. Es ist unser Ziel, regionale und nachhaltige Ernährung für alle anzubieten, um soziale Gerechtigkeit und Ökologie zusammenzubringen.</p>
Die Linke	AFD	BSW
<p>Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in Sachsen eine kostenlose und gesunde Mittagsversorgung von der Kita bis zum Schulabschluss zur Verfügung stellen, damit niemand hungrig lernen muss. Ein warmes, gesundes und abwechslungsreiches Mittagessen, am besten gekocht in der eigenen Kita- oder Schulküche ist für uns eine herausragende Frage der sozialen Gerechtigkeit.</p>	<p>Wir wollen ein gesundes und kostenfreies Mittagessen für alle Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen. In den vergangenen Jahren hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag dazu bereits zahlreiche Initiativen und Finanzierungsvorschläge im Rahmen der Haushaltsverhandlungen eingebracht. Daran halten wir fest.</p>	<p>Grundsätzlich begrüßen wir die Forderung, BSW fordert aber perspektivisch ein kostenfreies Mittagessen für alle Kita- und Schulkinder.</p>

Freie Wähler	FDP
<p>Sie sprechen uns aus dem Herzen. Wir sehen eine Deckelung allerdings in der Umsetzung als zu bürokratisch. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen kostenlos zur Verfügung gestellt bekommt. Für ein reiches Land wie das unsrige sollte das eine Selbstverständlichkeit sein. Im Übrigen trägt ein kostenloses Mittagessen zur Chancengleichheit bei, weil sich mit leerem Magen oder ungesundem Essen auf Dauer nicht gut lernen lässt.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für die Sicherstellung eines gesunden, reichhaltigen und warmen Mittagessens für alle Kinder ein. Dazu gehört für uns auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass das Schul- und Kitaessen dauerhaft bezahlbar angeboten werden kann. Ein erster Schritt bedeutet für uns, dafür einzutreten, dass der reduzierte Mehrwertsteuersatz auf Schul- und Kitaessen angewendet wird.</p>

9. Ein längeres gemeinsames Lernen wurde in vielen Gesprächen begrüßt. Weniger einig war man sich bei der Umsetzung. Befürworten Sie die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen in unseren Schulen? Wenn ja, wie wollen Sie dies konkret umsetzen?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Wir haben mit der Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung und dem Betrieb von Gemeinschaftsschulen als weitere Schulart in Sachsen nach unserem Dafürhalten alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Auch die Verwaltungs- und Beratungsstrukturen für Gemeinschaftsschulen wurden entsprechend geschaffen und arbeiten aus unserer Sicht im Interesse der Gemeinschaftsschulen. Einen weiteren Nachsteuerungsbedarf sehen wir gegenwärtig nicht. Die Schulen, gemeinsam mit dem Schulträger und der Schulkonferenz, können vor Ort entscheiden, ob sie sich auf den Weg machen, längeres gemeinsames Lernen in den Schulen vor Ort umzusetzen.</p>	<p>Ja, die SPD setzt sich seit langem für das längere gemeinsame Lernen ein und befürwortet daher die Forderung. Mit der Novellierung des Schulgesetzes im Jahr 2020 haben wir für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen gesorgt. Die SPD Sachsen möchte für die Gemeinschaftsschulen die gesetzlichen Hürden abbauen und die Einrichtung von dreizügigen Gemeinschaftsschulen ermöglichen. Außerdem wollen wir das längere gemeinsame Lernen an ein- oder zweizügigen Oberschulen+ stärken, dies soll zukünftig auch in Mittelzentren möglich werden, um das Schulnetz zu verdichten und ein flächendeckendes wohnortnahes Angebot vorzuhalten.</p>	<p>Es ist ein Erfolg, dass es endlich auch in Sachsen Schulen des längeren gemeinsamen Lernens (Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+) gibt. Diesem ersten Schritt für längeres gemeinsames Lernen müssen weitere folgen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens – sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen. Die hohen Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschulen dokumentieren das große Interesse der Familien. Wir setzen uns dafür ein, die hohen Hürden bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule oder Oberschule+ in Schulgesetz und Schulordnung abzusenken. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen dafür die Zügigkeit von Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ anpassen, um mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens zu ermöglichen. Alternativ müssten die schulgesetzlich geregelten Ausnahmefälle umfassender und gezielter als bisher für die Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen genutzt werden, etwa durch Anerkennung einer überregionalen Bedeutung der Schule oder aus besonderen pädagogischen Gründen. An Gemeinschaftsschulen wäre aus unserer Sicht eine sinnvolle Klassen- und Kursbildung auch bei einer Dreizügigkeit in Klasse 5 möglich. Die Festlegung auf eine maximale Zweizügigkeit setzt auch der weiteren Verbreitung der Oberschule+ zu enge Grenzen, die wir aufheben wollen. Weiterentwicklungsbedarf besteht auch in der Schulordnung: Der im Schulgesetz formulierte Anspruch eines „gemeinsamen Bildungsgangs“, in dem die Schüler*innen über die Primarstufe hinaus entsprechend ihrer Leistungsmöglichkeiten vorwiegend im binnendifferenzierten Unterricht individuell gefördert werden, bildet sich in dieser Form nicht vollumfänglich in der Schulordnung ab.</p>
Die Linke	AFD	BSW
<p>Ja. Wir möchten die Gründung von Gemeinschaftsschulen erleichtern, beispielsweise die erforderliche Zahl von Parallelklassen (Mindestzügigkeit) senken, um auch im ländlichen Raum längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Zunächst kann die Oberschule+ dafür den Weg ebnen,</p>	<p>Wir befürworten das längere gemeinsame Lernen. Wir wollen, dass Kinder bis zur 8. Klasse gemeinsam lernen. Das Konzept unserer Technischen Oberschule sieht vor, dass der Unterricht ab Klassenstufe 7 in den Fächern Mathematik, Deutsch, den</p>	<p>Selbstverständlich befürwortet BSW längeres gemeinsames Lernen, dazu findet sich auch explizit etwas im Wahlprogramm. Geschehen soll dies zu zunächst durch die Absenkung der bürokratischen Hürden des Kultusministeriums bei der Einrichtung und Gründung dieser Schulart.</p>

<p>doch halten wir langfristig an dem Ziel fest, die Gemeinschaftsschule überall in Sachsen zu etablieren, damit jedes Kind die Möglichkeit bekommt, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Schulverwaltung sich Schulgründungen gegenüber freundlich verhält und sie personell, organisatorisch und finanziell unterstützt. Nötig sind dazu auch differenzierte Lernkonzepte für die Kinder sowie die Weiterbildung von Lehrkräften. Gemeinschaftsschulen können helfen, den Lehrkräftemangel zu lindern, Unterrichtsausfall zu vermeiden und Schulabbrüche zu verhindern. An ihnen wird jahrgangsübergreifend, selbstbestimmt und projektbezogen gelernt. Zudem fördern Gemeinschaftsschulen auch die soziale Gerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dort kann jedes Kind bis zuletzt jeden Abschluss erreichen, ohne vorher aussortiert zu werden.</p>	<p>Naturwissenschaften und der ersten Fremdsprache leistungs- und abschlussbezogen erfolgt. Alle anderen Fächer werden gemeinsam unterrichtet. Darüber hinaus gibt es eine verbindliche Bildungsempfehlung für den gymnasialen Weg nach der achten Klasse. Die Technische Oberschule setzt den Schwerpunkt auf die sogenannten MINT-Fächer und einen engen regionalen Praxisbezug (Kooperation mit ansässigen Unternehmen).</p>	
<p>Freie Wähler</p>	<p>FDP</p>	
<p>Mittel- und langfristig wollen wir den Wechsel auf weiterführende Schulen erst nach Abschluss der Klasse 6. Die bisherige Regel zum Schulwechsel nach der 4. Klasse erscheint uns im Hinblick auf die Entwicklung vieler Kinder zu früh. Deshalb soll die Bildungsempfehlung künftig grundsätzlich erst in Klasse 6 erfolgen. Klasse 5 und 6 sind dann als Orientierungsstufe so auszubauen, dass die Anforderungen der Kultusministerkonferenz an die Mindestwochenstundenzahl für den gymnasialen Bildungsweg erbracht werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten befürworten eine stärkere Möglichkeit für längeres gemeinsames Lernen, wobei wir das dreigliedrige Schulsystem als leistungsfördernde Institution erhalten wollen. Dafür wollen wir zum Beispiel einen späteren Übergang zu den weiterführenden Schulen und flexible Wechselmöglichkeiten prüfen. Seit Jahren nimmt die Stundenanzahl des sächsischen Bildungsplans kontinuierlich ab, ganz im Gegensatz zu den Ländern weltweit, die die vorderen Plätze in den internationalen Bildungsranklisten einnehmen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine gebundene Ganztagschule ein. Das heißt, dass in den Unterrichtsalltag weitere Elemente fakultativ eingebunden sind, wie beispielsweise freie Lernzeiten, Hausaufgabenbetreuung, GTA oder auch Förderunterricht. In die Sicherstellung dieser Angebote sollen vorrangig örtliche, ehrenamtlich tätige Vereine eingebunden werden.</p>	

10. Für die mentale Gesundheit sind die Überarbeitung der Lehrpläne sowie der Lehr und Lernformen Lösungsansätze. Teilen Sie die Einschätzung und befürworten Sie mehr Autonomie und Flexibilität der Schulen bei der Gestaltung von Lehr und Lernmethoden?

CDU	SPD	Die Grünen
<p>Die Frage der Fortentwicklung der Lehrpläne mit dem Fokus auf die Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern und auch die Gestaltung von Lehr- und Lernmethoden finden ihre Entsprechung im Strategieprozess „Bildungsland Sachsen 2030“. Dieses wollen wir in diesem Sinne in den kommenden Jahren unter Mitwirkung aller Beteiligten und unter wissenschaftlicher Begleitung konsequent umsetzen.</p>	<p>Ja. Wir haben genau deshalb den Prozess „Bildungsland Sachsen 2030“ angestoßen und werden die zügige Umsetzung der hier entwickelten Perspektiven einfordern und begleiten.</p>	<p>In Anbetracht der Vielfalt und Schwere der Krisen unserer Zeit muss das Thema mentale Gesundheit stärker in den Fokus gerückt werden. Die Herausforderungen an Schulen, für Schüler*innen und Lehrkräfte sind enorm. Die Aufgaben der Schule jenseits von Fachunterricht müssen gestärkt werden, vor allem hinsichtlich der Resilienzförderung sowie des Erhalts der physischen und psychischen Gesundheit. Wir BÜNDNISGRÜNE befürworten eine Überarbeitung der Lehrpläne und eine höhere Autonomie und Flexibilität der Schulen bei der Gestaltung von Lehr- und Lernmethoden, um diesem Ansinnen Raum zu geben. Wir begrüßen das im Strategiepapier „Bildungsland Sachsen 2030“ benannte Ziel, die Lehrpläne regelmäßig anhand klarer Kriterien zu aktualisieren und Querschnittsthemen zu verankern, u.a. Prävention, Gesundheitsförderung und Achtsamkeit. Wichtig ist uns im Zuge der Aktualisierung, dass die Lehrpläne entschlackt und nicht weiter aufgebläht werden, durchgehend kompetenzorientiert ausgerichtet sind und einen hohen Lebensweltbezug aufweisen. Dies muss sich letztlich auch in einer neuen Pädagogik, Lern- und Prüfungskultur niederschlagen. Zudem setzen wir uns für eine Entzerrung der Unterrichtsbeginnzeiten und einen späteren Unterrichtsstart an allen sächsischen Schulen ein.</p>
Die Linke	AFD	BSW
<p>Ja. Wir fordern Rahmenlehrpläne, die mehr Freiräume für Lehrende und Lernende lassen und es ihnen ermöglichen, sich stärker an den lebensweltlichen Belangen zu orientieren. Das bedeutet vor allem auch, die Schülerinnen und Schüler stärker an der Erarbeitung der Lehrinhalte zu beteiligen und diese Beteiligung institutionell zu verankern. Wir fordern eine Schülerinnen-und-Schüler-Mehrheit in der Schulkonferenz und mehr Kompetenzen für dieselbe sowie die Schülerinnen-und-Schüler-Räte gegenüber anderen Gremien der Schule. Wir setzen uns auch für eine basisdemokratischere Schülerinnen- und Schülervertretung ein, die nicht starr hierarchisch bis auf Landesebene zuläuft. Der Unterricht soll von vornherein stärker projektbezogen und handlungsorientiert angelegt werden. Wir wollen prüfen, inwieweit in den Lehrplänen und Stundentafeln die wichtigen Themen Politische Bildung, Medienbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker berücksichtigt werden können. Daneben setzen wir uns für eine Stärkung der musischen Fächer ein. Rahmenlehrpläne sollen dazu genutzt werden, die Berufsbilder und Lehrinhalte an die Bedingungen unserer Zeit anzupassen.</p>	<p>Wir wollen, dass Schüler zu selbstbewussten, emotional stabilen und stressresistenten jungen Menschen heranwachsen. In der Schule sollen sie sich nicht nur Wissen aneignen, sondern dieses auch anwenden können, um mit Herausforderungen im Leben zurechtzukommen. Wir wollen die Lehrpläne inhaltlich prüfen und unnötigen Ballast, der nichts mit Fachwissen und dessen Anwendung zu tun hat, streichen. Andere Lehr- und Lernformate können dann sinnvoll sein, wenn sie tatsächlich den einzelnen Schüler unterstützen. Allerdings sehen wir einen zu frühen Einsatz oder eine komplette Umstellung auf andere Lehr- und Lernformate – beispielsweise rein digitaler Unterricht – sehr kritisch. Ebenso sind Lehr- und Lernmethoden, die auf selbstorganisiertes Lernen abzielen, für viele Kinder – gerade im Primarbereich – nachteilig, da ihnen Struktur und Anleitung fehlt. In Kombination mit dem akuten Lehrermangel kann das die mentale Gesundheit der Kinder belasten. Wir sehen auch die zunehmende Belastung der Lehrer. Hier wollen wir eine Entlastung schaffen und einerseits bürokratische Hürden abbauen und andererseits unterrichtsfremde Aufgaben besser auf ein breites Team in der Schule verteilen.</p>	<p>Schulen sollten selbstständig über Lehr- und Lernmethoden entscheiden. Dies bezieht sich jedoch nicht auf den zu vermittelnden Lerninhalt. Sinnvoll erachten wir einen Austausch der Schulen über „best-practice“ Methoden, damit davon gemeinschaftlich profitiert werden kann.</p>

Freie Wähler	FDP
<p>Es ist für uns zentrales Ziel, die Lehrpläne zu modernisieren. Wir sind im 21. Jahrhundert und die Lehrpläne haben sich bislang kaum daran angepasst. Zum einen gilt es, die Schüler auf das Leben nach der Schule besser und praxisorientierter vorzubereiten. Die künstliche Intelligenz (KI) wird zudem die Schule und das Lernen zwangsläufig in der Zukunft prägen. Damit müssen alle Beteiligten lernen, umzugehen. Schulen werden sich verändern müssen; von Orten, in denen bislang die richtigen Antworten im Mittelpunkt standen, hin zu Einrichtungen, in denen es darum gehen muss, die richtigen Fragen zu stellen. Insofern sollten die Lehrpläne das Ziel des Lernens vorgeben. Den besten Weg dahin, gilt es vor Ort zu entscheiden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Subsidiaritätsprinzip stärker als bisher zum Tragen kommen lassen und den Schulleitungen bzw. den Schulen mehr Entscheidungskompetenz übertragen. Wir streben die Festschreibung einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Schule, Träger und Behörden an – wobei möglichst viele Kompetenzen auf Ebene der einzelnen Schulen verankert werden sollen. Wir machen uns dafür stark, dass die Schulen mehr Personalhoheit und die Möglichkeit zur finanziellen Selbstverwaltung erhalten. Dies schließt eine stärkere Autonomie und Flexibilität der Schulen bei der Gestaltung von Lehr- und Lernmethoden mit ein.</p>